

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wfg. Reklamen 30 Wfg. Offertengeld und Auskunftsgebühr 30 Wfg. Bei anstandsloser Bezahlung oder Kontokorrent ist jeder Rabatt einfügig. Druckvorschriften unveränderlich. - Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1,50 Wfg. einchl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Einnahmen infolge bösser Gewalt rechtlicher keine Ersatzeinprüche.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 190

Montag 15. August 1932

35. Jahrgang

In der Gackgasse.

!! 15. August 1932

Am Samstag nachmittag hat der Reichspräsident von Hindenburg die Forderung der Nationalsozialisten, ihrem Führer, Adolf Hitler, das Kanzleramt und die gesamte Staatsgewalt auszuüben, abgelehnt. Er hat dafür eine männliche und außerordentlich eindrucksvolle Begründung gegeben: „Er könne es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterland gegenüber nicht verantworten, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei“. So ist es natürlich zu lesen in dem amtlichen Kommuniqué, das über das Ergebnis der bedeutungsvollen Verhandlungen am Samstag herausgegeben wurde.

Diese Begründung ist eine sehr einleuchtende Rechtfertigung der Haltung des greisen Präsidenten in dieser entscheidenden Frage, eine Haltung, die Achtung und Respekt abnötigt. Sie ist aber nicht weniger auch ein Urteilspruch über die NSDAP und ihrer Führung wie er nicht eindeutiger gefällt werden konnte. Die Begründung besagt klipp und klar, daß der Feldmarschall auf dem Präsidentenstuhl nicht das Vertrauen hat zur Führung der NSDAP, daß sie der Aufgabe, Deutschland unparteiisch zu regieren, gewachsen sei.

Damit sind die Verhandlungen über die Regierungsum- bzw. -neubildung, die in der vergangenen Woche die Gemüter in Spannung hielten, zu einem vorläufigen Abschluß gebracht.

Ein Abbruch? Ja. Aber allenfalls ein negativer Abbruch, ein Ausgang, der zum mindesten von der Reichsregierung und vom Reichspräsidenten nicht angefochten werden darf.

Als am 30. Mai d. Jrs. der Reichskanzler Brüning und sein Kabinett gestürzt und an seine Stelle das Kabinett Papen-Schleicher gebildet wurde, da konnte dieser Vorgang, wenn er schon Sinn haben sollte, in seinen Auswirkungen nur zum Ziele haben, die nationalsozialistische Bewegung, die in ihrem steten Wachsen als eine ständige Bedrohung des Staates angesehen wurde, an diesen Staat heranzuführen und sie an der Verantwortung für die staatliche und politische Entwicklung maßgebend und sichtbar zu beteiligen. Die Reichsregierung hat dieses Ziel konsequent verfolgt.

Und wie bis dahin unter Brüning alle deutsche Politik den vordringlichen und lebenswichtigen außenpolitischen Zielen untergeordnet war, so wurde jetzt alle Politik auf das innenpolitische Ziel des Kabinetts Papen-Schleicher abgestellt. Die „grundtätigste neue Staatsführung“ begann. Sie äußerte sich auf der einen Seite in einem scharfen Vorstoß gegen die radikale und später (in Preußen!) auch gegen die gemäßigte Linke; auf der anderen Seite darin, daß man die Nationalsozialisten dadurch zu gewinnen suchte, daß man ihnen volle Freiheit gewährte. Die Regierung glaubte dabei offenbar, das angestrebte Erfolgs sicher sein zu können. Sie glaubte dies umso mehr sein zu können, als — wie jetzt durch das amtliche Kommuniqué zweifelsfrei festgestellt wird — eine geheime Vereinbarung zwischen Hitler und der NSDAP einerseits und dem Kabinett Papen-Schleicher andererseits schon vor den Reichstagswahlen (das ist bisher immer und immer wieder abgelehnt worden!) bestanden hat, nach der die NSDAP eine vom Vertrauen des Reichspräsidenten berufene nationale Regierung unterstützen werde.

Die Reichsregierung hat zu diesem Abkommen Vertrauen gehabt. Sie hat sich darauf verlassen, und sie mußte das können, weil Herr Hitler nicht irgendwer ist.

Aber sie hat nun ihr Ziel doch nicht erreicht. Ihr Vertrauen ist ihr schlecht gelohnt worden. Sie wurde getäuscht und steht nun vor der für sie gewiß nicht sehr angenehmen Tatsache, daß alle Maßnahmen, die sie um Erreichung ihres innenpolitischen Zieles willen ergriffen hat, umsonst waren. Sie hat dieses Ziel

nicht erreicht. Ihrer Politik ist der Erfolg versagt geblieben, und die Tatsache, daß der Führer der NSDAP sich an die von den Wahlen mit der Reichsregierung getroffenen Abmachungen nicht gebunden fühlte — ein Verhalten, das beim richtigen Namen zu nennen, wir unsern Lesern überlassen können — diese Tatsache

hat die Innenpolitik der Reichsregierung in eine Gackgasse getrieben, aus der einen Ausweg zu finden eine Aufgabe ist, die schwieriger sein wird, als sie es auf den ersten Blick zu sein scheint. Wollen sehen, wie die Reichsregierung sie lösen wird. C — a.

Hitler scheut die Verantwortung!

Die Unterredung Hindenburg-Hitler ergebnislos verlaufen. — Der Reichspräsident lehnt die übersteigerte Forderung der Nationalsozialisten ab — Hitler fühlt sich an die vor den Reichstagswahlen getroffenen Abmachungen mit der Reichsregierung nicht mehr gebunden!

Eine amtliche Verlautbarung.

Hindenburg: „Vor meinem Gewissen und meinen vaterländischen Pflichten“. — Abgabe an Hitler — Der Staat wird nicht einseitiger Parteiherrschaft ausgeliefert.

WTB Berlin, 13. Aug. Reichspräsidenten von Hindenburg empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung. Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfang zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er vor seinem Gewissen und seinen Pflichten gegenüber dem Vaterland nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte,

daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen. Die Aussprache schloß alsdann mit einer ersten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterland und vor dem deutschen Volk bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Reichspräsidenten hatte im Lauf des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erbötend, dem Reichspräsidenten Hitler als Vizekanzler der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und sachlichen Ministerien zu betrauen und dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen.

Der äußere Ablauf der Geschehnisse.

!! Die vorstehende amtliche Mitteilung bringt zum Ausdruck, daß eine vorläufige Entscheidung in der Frage der Regierungsum- bzw. -neubildung durch die Besprechungen am Samstag gefallen ist. Diese Aussprachen waren recht vielseitig und auch recht langwierig und bewiesen das erste, man möchte fast sagen verzweifelte Bemühen der Regierung Papen-Schleicher, das Ziel ihrer Innenpolitik, zu dem im Leitartikel der heutigen Ausgabe Weiteres gesagt ist, unter allen Umständen zu erreichen.

Die Beratungen begannen am Samstag, vormittags um 10 Uhr. Herr Hitler erschien um diese Zeit in Begleitung des Herrn Röhm, seines sogenannten „Stabschefs“, zu einer Besprechung beim Herrn Reichswehrminister von Schleicher. Um 11.30 Uhr legte sich dann der nationalsozialistische Führer zusammen mit Herrn Fried in die Reichskanzlei zur Aussprache mit Herrn von Papen, die bis gegen 1.30 Uhr nach Mittag dauerte. Da der Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten bereits auf 1 Uhr mittags angesetzt war, mußte er nach den langwierigen Vorberhandlungen beim Reichswehrminister und beim Kanzler verschoben werden, zuerst auf 2.30 und dann auf 4 Uhr nachmittags.

Gegen 4.15 Uhr erschien dann der Führer

der Nationalsozialisten in Begleitung der Herren Fried und Röhm beim Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg. Die Verhandlungen dauerten nur 16 Minuten. Sie brauchten nicht länger zu dauern, da ja schon in den Verhandlungen der Reichskanzlei und im Wehrministerium die erstrebte Klarheit über die beiderseitige Haltung herbeigeführt worden war, die also für die Regierung nur noch eine Bestätigung des Reichspräsidenten erforderte. Neben dem Reichspräsidenten nahmen von Regierungsseite der Reichskanzler und die Staatssekretäre des Reichspräsidenten und der Reichskanzlei an den Besprechungen teil. Kurz nach 4.30 Uhr verließen dann die Führer der Nationalsozialisten die Reichskanzlei. Hitler hat noch am Samstag Berlin verlassen, und Herr von Hindenburg ist ebenfalls am Samstag noch nach seinem Gut Neudeck in Ostpreußen abgereist.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß Samstagnachmittag noch gegen 6 Uhr die Zentrumsführer Zoos und Staatspräsident Bolz zum Herrn Reichskanzler gebeten wurden, der ihnen Aufklärung gab über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen. Die Zentrumsabgeordneten haben sich jedoch, wie es heißt, jeglicher Stellungnahme zu diesem Ergebnis gegenüber dem Kanzler enthalten.

Enttäuschung.

!! Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der kann schon aus der amtlichen Mitteilung der Reichsregierung heraus hören, daß in Regierungskreisen eine schwere Enttäuschung über die Haltung des nationalsozialistischen Führers Platz gegriffen hat. Man muß sich zur Erklärung dieser begreiflichen Enttäuschung das Ziel der Reichsregierung in ihrer gesamten Innenpolitik (vgl. auch unseren heutigen Leitartikel) vor Augen halten, dem alle innerpolitischen Maßnahmen dienen sollten, und das nun am Ende, doch nicht erreicht wurde, obwohl die Regierung dieses Ziel seitens Ehrenwort des nationalsozialistischen Führers zu besitzen glaubte. Die Enttäuschung über diesen Ausgang kommt auch in folgender, offensichtlich amtlich beeinflussten Meldung des GMB-Büros über die Lage nach dem Scheitern der Verhandlungen zum Ausdruck:

„Das negative Ergebnis, mit dem der Empfang Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten abgeschlossen hat, war für die politischen Kreise der Reichshauptstadt keine Ueberraschung. Dieser Ausgang stand eigentlich schon Samstagmittag fest, nur hatten die amtlichen Stellen das begreifliche Bedürfnis, auch die letzte Möglichkeit einer Verständigung auszuschöpfen. Daß sie nicht gelungen ist, wird in den Kreisen der Reichsregierung außerordentlich bedauert. Man unterstreicht, daß der Reichskanzler wirklich die Arme weit ausgemacht habe, um dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine aktive und positive Mitarbeit am nationalen Wiederaufbau zu ermöglichen. Adolf Hitler hat in dieser entscheidenden Stunde geglaubt, sich versagen zu müssen. Das Bedauern darüber ist in amtlichen Kreisen um so lebhafter, als es die Regierung Papen gewesen ist, die durch die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des SA-Verbotes und die Freigabe des Rundfunks für die nationalsozialistische Bewegung sehr viel getan hat, um die Annäherung des Nationalsozialismus an den Staat zu fördern. Diese Linie sollte heute zu einem gewissen Abschluß gebracht werden, in dem auch den nationalen Kräften des Nationalsozialismus Gelegenheit zu einer maßgeblichen Beteiligung an der Führung des Reiches geboten wurde. Das war der Sinn der Verhandlungen, die nun gescheitert sind.“

Aus dieser Darstellung klingt unverhohlen die Enttäuschung heraus, die das Ergebnis der entscheidenden Verhandlungen am Samstag in den Regierungskreisen hervorgerufen hat, ein Ergebnis, das viele voraussehen zu können glaubten und die Zentrumspartei auch stets warnend vorausgesagt hat, ein Ergebnis aber auch, das die Reichsregierung in eine schwierige Lage gebracht hat.

Die weitere Entwicklung.

Rästelraten über die kommende politische Entwicklung — Was wird die Regierung tun?
Erneute Reichstagsauflösung in Sicht?

Was nun?

!! Die Frage nach dem Ausweg aus dieser Lage beschäftigt nicht nur die gesamte Öffentlichkeit, sondern wird auch in den Kreisen der Reichsregierung sehr ernstlich erwogen, wie aus folgender halbjeden Versuch einer gewaltfahervorgeht:

In politischen Kreisen beschäftigt sich man nun mit der Frage, wie die Entwicklung jetzt weitergehen werde. In der Wilhelmstraße wird betont, daß das Reichskabinett in seiner bisherigen Zusammenfassung weiterarbeiten werde, um die dringenden nationalen Fragen zu lösen. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung dafür sorgen wird, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben. Nicht nur der Reichskanzler, sondern auch der Reichspräsident dürfte bei den Besprechungen mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen haben, daß er gewillt und in der Lage sei, je den Versuch einer gewaltfamen Neuregelung der Verhältnisse zurückzuschlagen. Derartige Befürchtungen sind aber auch wohl absolut abwegig, denn von Hitler selbst ist mit Bestimmtheit erklärt worden, er denke nicht daran, Aktionen wie einen „Marsch nach Berlin“ oder dergleichen zu unternehmen.

Mit Spannung wird man nun der kommenden Reichstagsitzung entgegensehen. Die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung wird in parlamentarischen Kreisen recht skeptisch eingeschätzt und zwar deshalb, weil die Argumentation und die Ideologie des Nationalsozialismus als Bewegung eine parteimäßige Koalitionsbildung ausschließt. Was weiter wird, wenn es im Reichstag zu den zu erwartenden Mißtrauensvoten kommt, wird in Ruhe von den verantwortlichen Stellen überlegt werden. Es wäre durchaus denkbar, daß dieser Reichstag erneut aufgelöst wird, das aber sind Möglichkeiten, die sich erst am Ende dieses oder Anfang nächsten Monats genau übersehen lassen werden.

Wenn man diese Darstellung einmal auf ihren inneren Gehalt hin prüft, so muß man zu der Auffassung kommen, daß die Reichsregierung sich in einer nicht geringen Verlegenheit befindet über die Wege, die sie nun einschlagen soll. Auch daraus mag man erkennen, daß das Kabinett Papen-Schleicher von dem Erfolg seiner Innenpolitik außerordentlich überzeugt gewesen sein muß und offensichtlich gar nicht oder doch nicht sehr ernsthaft die Möglichkeit eines Scheiterns seiner Bemühungen, die NSDAP an den Staat heranzuführen, ins Auge gefaßt hatte; denn was die Regierung, in der vorstehenden Darstellung als ihre Absichten für die kommenden Wochen kundtut, sind selbstverständliche Aufgaben und Pflichten, die ihr aus ihrer Stellung, vor allem aber auch aus ihrem Eid auf die Reichsverfassung erwachsen. Von Interesse ist also lediglich die Auffassung über die kommende erste Sitzung des neuen Reichstags. Die Regierung gibt sich offenbar keine Illusionen darüber hin, daß eine Mehrheit im Reichstag für sie kaum zu erreichen sein wird. Was dann aber wird, das werden die „verantwortlichen Stellen“, wie es in der GW-Meldung heißt, „in Ruhe überlegen“. Man wird baldigst Klarheit über das Ergebnis dieser „Überlegungen“ fordern müssen. Der Hinweis auf die Möglichkeit einer nochmaligen Reichstagsauflösung soll wohl mehr ein Druckmittel sein. Die Reichsregierung glaubt im Ernst doch wohl selbst nicht, daß sie auf diesem Wege jemals das von ihr angestrebte Ziel erreicht.

Aus allem dem aber mag man erkennen, daß die Antwort auf die Frage „Was nun?“ auch von der Reichsregierung noch keineswegs in bestimmter Form gegeben werden kann. Sie ist im Vertrauen auf das Ehrenwort Hitlers und im Vertrauen auf den — wie aus dem amtlichen Kommuniqué nun zweifelsfrei hervorgeht — offenbar vorhandenen Pakt zwischen General von Schleicher, Staatssekretär Meißner u. a. einerseits und Herrn Hitler andererseits, schwer getäuscht worden, und es wird ihr nicht leicht fallen, aus der verworrenen Situation, in die sie hineingeraten ist, einen Ausweg zu finden, um die Weiterführung der Geschäfte sicher zu stellen, und zwar — und das ist entscheidend wichtig — sie nach dem Willen des Reichspräsidenten im Rahmen der geltenden Reichsverfassung weiter zu führen!

Rästelraten.

!! Eine Voraussage über die Entwicklung, die die politische Lage jetzt nehmen wird, ist kaum möglich. Es versteht sich jedoch von selbst, daß diese Frage in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert wird. Die „Frankfurter Zeitung“, die zweifellos über gut informierende Beziehungen zu maßgebenden Berliner Stellen verfügt, faßt ihre Meinung über die kommenden Dinge in folgenden Sätzen zusammen:

„Die Regierung wird wahrscheinlich darauf angewiesen sein, sich mit ihrem Programm vor den Reichstag zu stellen und abzuwarten, was dann geschehen wird. Sie scheint nach dem Scheitern aller Verhandlungen mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß sie zwar dann das positive Vertrauen einer Mehrheit nicht erlangen kann, daß aber andererseits eine andere regierungsfähige Mehrheit nicht vorhanden sein wird. In einem solchen Falle wird sie nicht zurücktreten, sondern nach irgendwelchen Formen suchen, die ihr die Weiterführung der Staatsgeschäfte erlauben. Es ist klar, daß der verfassungsmäßige Spielraum, der noch übrig geblieben ist, außerordentlich klein ist. Es wird nicht leicht sein, aus der Sackgasse herauszukommen. Die Regierung, die für diese fatale Lage verantwortlich ist, wird alles daran setzen müssen, einen Ausweg zu finden, bei der der Verfassung keine Gewalt angetan wird.“

Die „Kölnische Zeitung“, die f. Zt. Brünning mit einem großen lachenden und einem kleinen weinenden Auge schielend sah, ist ebenfalls recht ernstlich besorgt über die Frage, was nun werden soll. In einem Artikel ihrer Sonntagsausgabe bemüht sie sich nach Kräften darum, einen Ausweg aus der Sackgasse, in die die Innenpolitik hineingeraten sei, aufzuzeigen, einen Ausweg, der (worauf das Blatt immer wieder hinweist) noch vor dem Zusammentritt des Reichstages unter allen Umständen gefunden werden müsse. Die „Kölnische“ weiß aber am Ende einer langatmigen Unternehmung (bei der sie auch die Möglichkeit einer erneuten Reichstagsauflösung andeutet, sie aber als zwecklos ablehnt) der Regierung auch keinen besseren Rat zu geben, als zu versuchen, in den nächsten 14 Tagen vor Reichstagsbeginn die Verhandlungen mit Hitler wieder aufzunehmen und eine Lösung zu finden, die zu einer Entspannung der innenpolitischen Lage führt. Das Blatt ist sich der Schwierigkeiten eines solchen Versuchs, durchaus bewußt, glaubt aber doch, daß kein Unlück vorliege, die Lage als endgültig und unabänderlich aufzufassen. „In der Politik“, so schreibt das Blatt, „darf es kein Endgültig geben.“ Weiter heißt es dann:

„Die Verhandlungspartner haben sich jetzt auseinandergeredet, aber bis zum Zusammentritt des Reichstags sind noch gut 14 Tage Zeit. Diese 14 Tage dürfen nicht benutzt werden, um die

Lage zu verschärfen und die Gegensätze auf die Spitze zu treiben, sondern um eine Lösung anzustreben, die den politischen Tatsachen und Notwendigkeiten entspricht. Vor allem muß sich der nationalsozialistische Parteiführer darüber klar werden, daß alle überhöhten Forderungen, die auf eine einseitige Parteiherrschaft hinauslaufen würden, vom Reichspräsidenten abgelehnt werden müssen. Sie würden ja auch der Reichsverfassung zuwiderlaufen, die Hitler als Kanzler respektieren mußte. Wenn Hitler seine Forderungen revidieren und mit der Verfassung in Einklang bringen würde, könnte es dem Reichspräsidenten wohl auch erleichtert werden, ihm unter bestimmten Voraussetzungen, die eine Parteiherrschaft verhindern, doch noch das Reichskanzleramt zu übertragen. Es muß in den nächsten 14 Tagen gelingen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.“

Bermutungen.

GW Berlin, 15. Aug. (Sig. Melb.) Offenbar anknüpfend an die Ausführungen des Reichsinnenministers anläßlich der Verfassungsfeier und die Äußerung des Reichspräsidenten v. Hindenburg über die Notwendigkeit beschleunigter Erledigung der zur Behebung der Arbeitslosigkeit erforderlichen Maßnahmen ergeben sich die Montagsspätkblätter in Vermutungen über die Einzelheiten des kommenden Regierungsprogramms.

Die Montagspost berichtet, daß bereits heute eine Reihe von Ministerbesprechungen und Kabinettsitzungen beginnen solle. Der Montag-Morgen glaubt in der Lage zu sein, Einzelheiten über das Kabinettsprogramm mitteilen zu können. Er will erfahren haben, daß dieses Programm, mit dem die Regierung Ende August vor dem Reichstag treten wolle, im wesentlichen vier Punkte umfassen werde. In einer Gesetzesvorlage über die Reichsreform solle, neben Vereinfachung des Verwaltungsapparates zwischen Reich und Preußen, die Frage der Wahlreform enthalten sein, ebenso werde der Gedanke einer Ersten Kammer verankert sein. Dann werde der Reichstag Stellung zu nehmen haben zu Gesetzen über die Arbeitsdienstpflicht, über eine neue Finanzreform und endlich über Vorschläge zur Wirtschaftsreform, Steuergesetz und Arbeitsbeschaffung. Die Reichsregierung werde, wie der Montag-Morgen weiter vermutet, jeden dieser Programmpunkte mit der Vertrauensfrage verbinden.

Die Auffassung in Bayern.

GW München, 14. Aug. (Sig. Melb.) Zu dem negativen Ausgang der Verhandlungen Hitler mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler erfährt der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros über den Standpunkt der bayerischen Regierung, daß auch sie den Wunsch hege, Hitler an verantwortliche Stelle der Politik zu berufen, und der Auffassung sei, daß Hitler Verantwortung tragen müsse. Dem Führer der NSDAP den ganzen Staatsapparat bedingungslos zu überantworten, halte man aber für unmöglich.

Der Widerhall in der Öffentlichkeit.

Lebhafte Debatte in der ausländischen Presse — Die deutsche Rechtsprelle spricht von einem „schwarzen Tag in der deutschen Geschichte“.

Presse-Kommentare.

GW Berlin, 14. Aug. (Sig. Melb.) Die Berliner Presse aller Richtungen kommentiert eingehend das Scheitern der gestrigen Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und Adolf Hitler.

Der Ennpfang Hitlers habe, so meint die „Germania“ das eine Gute gehabt, dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung zum Bewußtsein gebracht zu haben, daß die Nation mehr sei als die Nationalsozialisten und daß die Verantwortung, die der Reichspräsident vor seinem Gewissen und vor dem deutschen Volk trage, noch schwerer wiege als die parteipolitischen Sorgen einer noch so großen Bewegung. Hitler sei an der maßlosen Überhöhung seiner selbst und seiner Bewegung gescheitert. Doch sei die Stunde zu ernst, um über die „Desavouierung“ der „neuen deutschen Staatsführung“ auch nur den mindesten Anlaß von Genugtuung zu empfinden. Die „Vossische Zeitung“ stellt die Frage, welche politischen Folgerungen sich aus der Abweisung Hitlers durch Hindenburg ergeben werden. Klarheit über die politische Lage sei insofern geschaffen, als eine Diktatur der NSDAP zurückgewiesen sei.

Es wäre die historische Aufgabe der nationalsozialistischen Partei gewesen, so meint die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, den alten Feldmarschall bei der Loslösung Deutschlands von den Auswüchsen des Parlamentarismus zu unterstützen. In imponierender Ruhe, Klarheit und Bestimmtheit habe Hindenburg einen Rückfall in den Parteienstaat auch dann abgelehnt, wenn der Geist parteipolitischer Einseitigkeit von Rechts herantrete. Man hätte es gewiß lieber gesehen, wenn Hitler nicht in die Lage gekommen wäre, sich vom Reichspräsidenten öffentlich ermahnen zu lassen; es sei nicht ganz klar, wie Hitler als Politiker sich die Fortführung des Kampfes vorstelle. Die „Börsenzeitung“ spricht von einem „schwarzen Tag in der deutschen Geschichte“. Die „Kreuzzeitung“ erklärt, sie stehe nicht an, es lebhaft zu bedauern, daß Hitler durch sein Verhalten gegenüber dem Angebot des Reichspräsidenten den Versuch zerstört habe, der Reichsregierung durch eine besonders innige Verbindung mit den Kräften der NSDAP eine überaus wertvolle Stütze zu geben. Die Zukunft werde erweisen, ob Hitler gut beraten gewesen sei, als er sich entschlossen habe, die vor zwei Monaten dem Reichspräsidenten gegebenen Zusagen zu verleugnen.

Eine Erklärung der NSDAP.

GW Berlin, 13. Aug. Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: Der Führer wurde heute zu Besprechungen zum Reichskanzler von Papen und im Anschluß daran zum Reichspräsidenten von Hindenburg gebeten. Auf die ihm vorgelegte Frage, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung von Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer: „Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Das ist nicht der Fall. So kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen. Insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung Papen für die Partei nicht in Frage.“

Da aber Reichspräsident von Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen.

Die nunmehr getroffenen Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer in der kommenden Woche stattfindenden Führertagung bekanntgegeben. Der Führer verließ noch am Samstag Berlin.

Es folgt dann in der Verlautbarung die Behauptung, daß der amtliche Bericht über die Zusammenkunft Hitler-Hindenburg-Papen in manchen Punkten „nicht unwesentliche Unrichtigkeiten enthalte“. Die NSDAP, so wird erklärt, werde dazu noch Stellung nehmen.

„Wortbruch“.

Die „Frankfurter Zeitung“ nennt recht freimütig das Verhalten der nationalsozialistischen Führer und ihre Aussage an den Herrn Reichspräsidenten einen „Wortbruch“. Das Blatt schreibt u. a.: „Wer zwischen den Zeilen des amtlichen Kommuniqués zu lesen versteht, der weiß, daß der Reichspräsident selbst und seine Berater, die davon überzeugt gewesen waren, durch ihre Politik das staatspolitische Wunder der Einbeziehung der NSDAP in die Verantwortung für den bestehenden Staat vollbringen zu können, außerordentlich tief enttäuscht sein müssen. Herr von Hindenburg hat, wie das Kommuniqué andeutet, diesem Gefühl offen Ausdruck gegeben, indem er Herrn Hitler an die feierlichen Zusicherungen erinnerte, die er vor dem Amtsantritt der Regierung Papen-Schleicher dem Reichspräsidenten selbst, dem Staatssekretär Meißner, dem General von Schleicher sowie anderen Persönlichkeiten gegeben hat. Wir erraten wohl die Gefühle dieser Persönlichkeiten, wenn wir sagen, sie können nichts anderes denken als: der Führer der nationalsozialistischen Partei hat sein Wort gebrochen.“

Die Uhr läßt sich nicht mehr zurückdrehen, die politischen Folgen des nunmehr als wertlos erwießenen Paktess lassen sich nicht aus der Welt schaffen, — aber eines dürfte sicher sein: die innere Einstellung all dieser Gefährten gegenüber der NSDAP und ihrer Politik kann und wird davon nicht unberührt bleiben. Das ist vielleicht das einzig Erfreuliche an der nunmehr geschehenen Situation. Der Nachweis ist erbracht: Herr Hitler kann nicht, selbst wenn er im Grunde gewillt haben sollte, eine große Gelegenheit ist durch die Schwäche Hitlers für Deutschland verpaßt worden, die Gelegenheit zu einer staatspolitischen Handlung.

Es ist kaum ein Zweifel, daß Hitler unfruchtlich gewollt hat, und es scheint heute in seiner Umgebung zu geben, die die Entwicklung bedauern — während andere frohlocken. Die letzten Motive dafür, daß Herr Hitler in dieser Weise umgefallen ist, werden sich schwer ergründen lassen, aber sehr viel spricht dafür, daß diesem Mann die Bewegung, die er selbst geschaffen hat, über den Kopf gewachsen ist, und daß er den Mut zu der Handlung nicht aufbringt, die er beabsichtigt hatte. Bei den Verhandlungen hat Herr Hitler seine Ansprüche fast ständlich gestelzt, bis er schließlich bei der Forderung der Alleinherrschaft ankam und damit offenbarte, daß er eine Einigung trotz der Bereitschaft der Regierung, ihm entgegenzukommen, überhaupt nicht mehr wollte. Bezeichnend war bereits, daß er in den letzten beiden Tagen nach seiner Aussprache mit Herrn von Papen das Zusammentreffen mit dem Reichspräsidenten überhaupt zu vermeiden versuchte. Es wäre ihm wohl lieber gewesen, wenn Herr von Hindenburg keine Gelegenheit gehabt hätte, ihn an das gegebene Wort zu erinnern. Seine Erwiderung muß sehr düffig gewesen sein, — und nicht einmal ehrlich, denn Herr Hitler berief sich nicht etwa auf die unerwarteten Schwierigkeiten, die er in seiner eigenen, aufgeschüttelten Partei vorfinde, sondern er machte die traurige Aussage, er habe eine solche Zustimmung überhaupt nicht in dieser Form und mit dieser Bestimmtheit gegeben.“

„Schwebezustand“

Die „Kölnische Volkszeitung“ bezeichnet heute früh die Situation als in einem „Schwebezustand“ befindlich und schreibt dazu u. a.:

„Der Schwebezustand wird noch etwas fortbauern. Jeder, der klar sieht, weiß, daß er Gefahren in sich birgt. Man muß diesen Gefahren kalt ins Auge schauen, und die Wachsamkeit verstärken. Man versichert uns von einer Seite, der wir glauben zu schenken Anlaß haben, daß der Reichstag zur rechten Zeit zusammenberufen werde. Gut, wir wollen es heute glauben und wir wollen hoffen, daß die Regierung gegenüber Unbesonnenheiten oder Schlimmerem die starke Hand zeigen wird, die sie zu haben vorgibt. Inzwischen ist für alle, die es gut mit unserem Volke meinen, Ruhe notwendig. Ruhe im Sinne einer entschlossenen Abwehr aller Versuche, Vorwände zu schaffen. In den nächsten Tagen werden sich auf dem Gebiete der Verhandlungen große Dinge nicht zutragen. Es empfiehlt sich das höchste Maß von Vorsicht gegenüber dem Bestreben, die an sich schwierige und fast hoffnungslose Lage durch Gerüchte zu komplizieren. Die Führung des Zentrums, die ihre Angelegenheiten der letzten Tage ausgezeichnet geführt hat, steht auf dem Boden ihrer eigenen Festigkeit und damit zu ihrem Versprechen, an jeder positiven Lösung mit zu arbeiten, die Linie der Regalität niemals zu verlassen, und dort, wo diese Linie verlassen ist, auf die Rückführung zu ihr zu drängen. Das Vaterland ist in Gefahr. Nur wer mit reinen Händen und spiegelblanker Seele zum Werke der Rettung kommt, ist brauchbar.“

Alleinherrenschaft?

Die Zeitungen beschäftigen sich ausführlich mit dem Verhalten der nationalsozialistischen Führer bei den entscheidenden Verhandlungen am Samstag. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß Hitler und seine Begleiter ihre Forderungen umso mehr steigerten, je mehr die Reichsregierung ihnen entgegenzukommen bereit war, und schließlich bestanden die Nationalsozialisten darauf, daß ihnen die gesamte Staatsgewalt ausgeliefert werde. Zu diesem Verhalten schreibt die „Kölnische Zeitung“, von der man gewiß nicht sagen kann, daß sie den Nationalsozialisten unfreundlich gesonnen wäre, u. a. folgendes:

„Die Bedenken des Reichspräsidenten gegen einen Reichskanzler Hitler teilen sicherlich sehr viele Deutsche. Auch seine Auffassung von der notwendigen Unparteilichkeit des Kanzlers wird in weitesten Kreisen Verständnis finden. Trotz alledem bleibt die Notwendigkeit, die Nationalsozialisten an die Verantwortung heranzuziehen und für jedes, wie auch immer geartete Kabinett eine Mehrheit im Reichstag zustande zu bringen. So betrachtet, mußte die Übertragung des Kanzleramts an Hitler als unvermeidbare politische Notwendigkeit erscheinen. Niemals konnte natürlich die Ernennung Hitlers zum Kanzler die Auslieferung der gesamten Macht an den Nationalsozialismus oder, wie Hitler es gefordert haben soll, die „Umgestaltung des gesamten Staates nach nationalsozialistischem Programm“ bedeuten. Wer das fordert oder bestreitet, scheint zu vergessen, daß die Nationalsozialisten nicht 51 v. H., sondern nur 37 v. H. der Stimmen haben. Und selbst 51 v. H. der Stimmen würden für sie nicht genügen, um den ganzen Staat nach ihrem Programm umzugestalten, denn dazu wäre wohl eine Änderung der Verfassung nötig, und solche Änderungen bedürfen immerhin einer Zweidrittelmehrheit, also eines Stimmenanteils von 67 v. H. Die Nationalsozialisten haben also hier etwas gefordert, was sie vielleicht verlangen könnten, wenn sie fast doppelt so stark wären wie heute. Solche Forderungen müssen natürlich zurückgewiesen werden, und Reichspräsident und Reichskanzler taten nur ihre Pflicht, als sie die Erfüllung solcher Forderungen verweigert haben.“

Das Echo in England.

WB London, 14. Aug. Die gesamte Presse bringt in großer Aufmachung die Unterredung Hitlers mit Hindenburg. Vor allem hervorgehoben wird des Reichspräsidenten Bemerkung, daß er es weder mit seinem Gewissen, noch mit seiner Pflicht dem Vaterlande gegenüber vereinbaren könne, Hitler die Macht auszuliefern.

Der Berliner Korrespondent des „Observer“ erklärt u. a.: Ganz Deutschland, sofern es nicht durch persönliche, politische und extreme Ansichten übermäßig erregt ist, sieht auf Präsident von Hindenburg heute als auf einen Mann, der in großartiger Weise ganz den Vorkesslungen von seiner Präsidentenschaftspflicht lebt.

Der 13. August im Bilde



Hitler verläßt das Reichswehrministerium nach seiner Unterredung mit General Schleicher.

Pariser Blätterstimmen.

WB Paris, 14. 8. Einen historischen Tag nennt „Le Temps“ den 13. Aug., an dem Hitler selber die Tür zugeschlagen habe, durch die er auf regulärem Wege zur Beteiligung an der Regierung zu gelangen hoffen konnte. Dieses Ereignis sei von Bedeutung nicht nur für die innerpolitische Entwicklung Deutschlands, sondern sogar für die europäische Ordnung. Hitler habe mit seinen Bemühungen Schiffbruch erlitten und ihm bleibe nur noch die Wahl zwischen einer regulären Aktion im Parlament und dem Gewaltstreich. Erstere könne heute nicht Großes erbeben, letzterer sei von mehr als zweifelhafter Wirksamkeit.

„Journal des Debats“ erklärt, man schreibe Hitler kriegerische Neuerungen zu, aber das alles seien leere Worte. Während er mit seinen Anhängern berate, also das Gegenteil von Handeln tue, habe die Regierung ihre Entscheidungen getroffen und damit alle diejenigen für sich gewonnen, die in Deutschland dem Gehörten, der zu befehlen wisse.

Chronik des Unheils

Der Tod hielt reiche Krnte.

Wirbelsturm.

WB London, 15. Aug. Ein Wirbelsturm hat in Houston schwere Verheerungen angerichtet. 13 Menschenleben sind ihm zum Opfer gefallen.

Bier Tote bei einem Autounfall.

WB Cardiff, 14. Aug. Das heiße Wetter während des Wochenendes hat zu einer starken Vervielfachung des Autoverkehrs und damit auch zu einer Steigerung der Zahl der Autounfälle geführt. Bei dem Ausflugsort Margan (Südwalles) wurden bei einem Autounfall vier Personen getötet, vier lebensgefährlich und acht leicht verletzt.

Flugzeugabsturz

WB Prag, 14. Aug. Im Elbetal bei Lohositz ist heute während eines Vergnügungsfluges ein Flugzeug der Maserik-Fluglinie in einen Luftirrtel geraten und abgestürzt. Vier Personen waren sofort tot, während der Pilot so schwer verletzt wurde, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Absturz in den Bergen.

WB München, 14. Aug. Am Wilden Kaiser bei Ruffen stürzten am Sonntag zwei Bergsteiger ab, von denen ein tauffmännischer Angestellter aus München später tot aufgefunden wurde. Sein Begleiter, Graf Lurzburg, ist auf dem Transport ins Krankenhaus gestorben.

Bontresia, 13. Aug. Am Montpers ereignete sich Donnerstag ein Vergnügungsfahrt, bei dem ein Mensch getötet wurde. Zwei Herren und eine Dame unternahmen von Diabolezza-Hütte aus einen Abstieg nach dem Morteratsch. Die Dame wurde bei der Begehung der Strecke von einem Stein am Kopf getroffen, glitt aus und stürzte über eine Felswand 300 Meter tief ab. Sie war sofort tot.

Bermatt, 12. Aug. Der 23jährige Student Mittasch aus Mannheim u. der Student Wolf aus Pirmasens wollten gestern die Besteigung des Matterhorns durchführen. Sie hatten etwa ein Drittel des Weges zurückgelegt, als Mittasch auf dem vereisten Gestein ausglitt und etwa 30 Meter in die Tiefe stürzte und seinen angestellten Kameraden mit sich riß. Mittasch war auf der Stelle tot. Sein Begleiter kam mit Rippen- und Beinbrüchen davon.

Schwere Verkehrsunfälle im Korridorgebiet.

WB Gdingen, 14. Aug. Auf dem Wege von Rarpen nach Ruging wurde heute nachmittag ein mit Ausflüglern besetzter Autobus mit einem ungeschulten Bahnübergang vom Zuge erfasst. Der Führer des Omnibusses, sein Mitfahrer auf

dem Vorderste sowie drei Fahrgäste wurden getötet.

Bier Tote in Schlesien

WB Breslau, 15. Aug. Bei Sagan ereignete sich am Sonntagnachmittag ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Personenauto aus Sagan stieß mit einem Motorrad zusammen. Das Auto wurde über den Straßengraben geschleudert und überschlug sich mehrmals. Der Chauffeur starb bei der Ueberführung in das Krankenhaus. Die beiden Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Motorradfahrer erlitt einen Schädelbruch und starb nach kurzer Zeit.

In Sprottau kam bei einem Motorradzusammenstoß der Reichswehrsoldat Kurt Lehmann aus Sprottau ums Leben. In Breslau wurde der Musiklehrer Klose von einem Motorradfahrer überfahren und tödlich verletzt.

Französische Unfallbilanz

Paris 15. Aug. Während der letzten drei Tage sind durch Verkehrsunfälle und namentlich Autounfälle nicht weniger als 36 Personen ums Leben gekommen und schwer verletzt worden. Diese Bilanz wird heute von „Matin“ veröffentlicht, sie dürfte sich aber noch wesentlich erhöhen, da heute am Tage von Maria-Simmelfahrt, einem gesetzlichen Feiertag, der Autoverkehrsverkehr ebenso stark sein dürfte, wie gestern und vorgestern.

Wolkenbruch über Garmisch.

München, 14. Aug. Ueber die Gegend von Garmisch ging gestern nachmittag ein mit Hagelschlag vermischter schwerer Wolkenbruch nieder. Die Wassermassen waren so gewaltig, daß der Bahnhof Garmisch-Partenkirchen 25–30 cm hoch unter Wasser stand. Die Gleisanlagen sind durch das Unwetter derartig demürrt, daß die Abfertigung der Züge sich als unmöglich erwies, da die Weichen nicht mehr gestellt werden konnten.

Die Materialschäden sind dann, einer Mitteilung der Reichsbahndirektion zufolge, am Sonntag nach ununterbrochenen Aufräumarbeiten, an denen sich auch 60 Mann Militär und Polizei beteiligten, zum größten Teil behoben worden. Sowohl der Verkehr in der Fahrtrichtung München als auch der Durchgangsverkehr nach Innsbruck und der Sonntagsausflugverkehr konnten wieder aufgenommen werden.

Blitz schlägt in eine Sportgruppe ein.

Leungo (Lippe), 13. Aug. Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute nachmittag während einer Sportveranstaltung der Freien Sportverbände Lippe auf dem hiesigen städtischen Sportplatz. Der erste Blitzschlag eines heftigen Gewitters traf in eine Gruppe von Fußballern, von denen zwei sofort getötet und sechs erheblich verletzt wurden.

Der badische Innenminister gestorben.

WB Karlsruhe, 14. Aug. Der badische Innenminister Emil Maier ist heute vormittag 10.30 Uhr nach längerem schwerem Leiden in Freiburgstadt gestorben.

Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit.

WB Berlin, 13. Aug. Der Reichspräsident brachte vor seiner Abreise nach Meudon gegenüber dem Reichskanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß, nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei, mit der größten Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gefördert werden müßten. Der Reichspräsident erklärte hierbei dem Reichskanzler, daß er seiner tatkräftigen Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewiß sein könnte.

Sozialisierungsanträge der SPD.

WB Berlin, 13. Aug. Die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits eine Reihe von Gesetzesentwürfen vorbereitet, die sie in der nächsten Woche beantragen will.

Zu den politischen Forderungen, die in diesen Gesetzesentwürfen aufgestellt werden, gehört die Aufhebung der politischen Notverordnungen und die Zurückziehung des Reichskommissars in Preußen.

Die wirtschaftspolitischen Anträge der Sozialdemokraten gliedern sich in vier Gruppen. Die erste Gruppe von Anträgen verlangt die Rückgängigmachung des Sozialabbaus und der Massenentlassungen durch Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juli 1932. Außerdem wird wieder die Gewährung einer Winterhilfe verlangt. Die zweite Gruppe von Anträgen bildet das Kernstück der sozialdemokratischen Forderungen. Hierzu gehören die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Verstaatlichung der Großbanken, die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Besiedlung des dadurch frei werdenden Landes mit Landarbeitern und Kleinbauern.

Die dritte Gruppe der sozialdemokratischen Anträge umfaßt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm mit öffentlichen Arbeiten, Förderung von Hausreparaturen und Beschäftigung von Arbeitslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten, finanziert durch eine Prämienanleihe und soweit deren Erlös 500 Millionen Mark nicht erreicht, durch eine Zwangsanleihe. Ferner soll die Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche verkürzt werden. Ueberstunden sollen nur in den dringlichsten Ausnahmefällen zugelassen werden.

Sozialdemokratie klagt beim Staatsgerichtshof.

Berlin, 14. Aug. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat beim Staatsgerichtshof gegen den Präsidenten Krell wegen der Nichtübernahme des Landtagsklage erhoben. Telegraphisch wurde zugleich eine einstweilige Verfügung gefordert, durch die der Präsident veranlaßt werden soll, entsprechend dem frist- und formgerechten Antrag von mehr als einem Fünftel der Mitglieder des Landtages das Parlament in der kommenden Woche zusammenzuberufen.

Einweihung des Mosel-Kanals.

WB Paris, 14. Aug. (Draht). Der Präsident der Republik, Lebrun, hat heute in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Herriot und des Ministers für öffentliche Arbeiten, Daladier, den Mosel-Kanal Metz-Liedenhofen eingeweiht, mit dessen Bau 1929 begonnen worden war. Die Baukosten stellten sich auf 180 Millionen Franken. Die Arbeiten waren auf Sachlieferungskonto von deutschen Firmen ausgeführt worden. Bei der Einweihungsfeier hielten der Minister für öffentliche Arbeiten, Daladier, und Ministerpräsident Herriot Ansprachen.

Neue Verhaftungen in Sevilla.

WB Sevilla, 13. Aug. Fortgesetzt finden neue Verhaftungen von Persönlichkeiten statt, weil General Sanjurjo während der Stunden, während der er Herr der Stadt war, ihre Sympathie zum Ausdruck gebracht oder ihre Anhänglichkeit an das alte Regime bekundet haben. Die meisten der Verhafteten gehören der Aristokratie an oder sind Offiziere und Beamte des alten Regimes, die verabschiedet worden sind. Weiter befragen Nachrichten, daß stündlich Denunziationen einlaufen, so daß der Gouverneur erklärt habe, er werde nur noch die Anzeigen prüfen, die mit vollem Namen bezeichnet seien.

Brühl und Umgebung

Brühl, 15. August.

2. Große Zuckerauslieferung. Samstag vormittag fuhr bei der hiesigen Zuckerraffinerie ein Lastkraftwagen vor, der im Auftrage einer Lebensmittelgroßhandlung für etwa 1000 Mark Zucker abholte. Der Wagenführer führte eine abgestempelte Bescheinigung der Firma mit, laut derer er zum Abholen der Ware berechtigt war. Durch ein nachher zufällig geführtes Telefongespräch stellte sich heraus, daß die Lebensmittelhandlung den Zucker nicht bestellt und auch nicht erhalten hatte. Das Formular für die Bescheinigung war bei der Firma unterschrieben und die Bescheinigung fälschlich ausgestellt worden. Die sofort benachrichtigte Polizei nahm die Ermittlungen sogleich auf. Eine verdächtige Person von hier wurde festgenommen. Es gelang auch, den Namen des Abholers der Zuckerauslieferung zu ermitteln. Gemeinsam mit der Landeskriminalpolizeistelle Köln wurde noch am Samstagabend bei dem Verdächtigen in Köln eine Durchsuchung vorgenommen. Vorgefunden wurde der Erlös für den bereits verkauften Zucker. Die Ware selbst konnte beschlagnahmt werden, und zwar befand sie sich bereits in dem Besitz von Kölner Kaufleuten.

3. Von einem Affen gebissen. Gestern nachmittag wurde das 4 Jahre alte Töchterchen eines Kaufmanns von hier von einem Affen des an der Viktoriastraße gastierenden Kneipenunternehmens gebissen und erheblich verletzt. Der Affe lag in einem Behälter unter einem Wagen und war kurz angebunden. Das Kind soll von anderen Kindern gestoßen worden und dadurch dem Tiere zu nahe gekommen sein.

4. Die Hersteller und Verbreiter eines Triles der Flugblätter. Die vor kurzem hier verbreitet worden sind und die Namen von Geschäftsleuten enthielten, die einer bestimmten politischen Partei angehören sollen, konnten zwischenzeitlich durch die Polizei ermittelt werden. Es handelt sich um diejenigen Flugblätter, welche nicht mit einem Beweismittelungsapparat hergestellt, sondern als einfache Schreibmaschinendrucke angefertigt worden sind.

5. 2 Uhren gestohlen. Einem Anwohner der Bonnstraße wurden am Samstag 2 goldene Uhren gestohlen. Die Abwesenheit des Besitzers benutzte ein Schmierhändler, der das ganze Haus ausplünderte, den Diebstahl auszuüben.

6. Stief im Unglück. Am Samstagmorgen stürzte in der Schloßstraße das Pferdewagen eines Landwirts aus dem Borgebirge um, weil es auf einer Seite zu stark beladen war. Die auf dem Fuhrwerk befindlichen Personen kamen glücklicherweise ohne nennenswerten Schaden davon. Stiefbereite Passanten hoben das Fahrzeug wieder.

7. Evangel. Schule. In dieser Woche findet eine gemeinsame Ferienwanderung aller Schulkinder unter Beteiligung der Eltern statt. Treffpunkt Donnerstag, den 18. d. M., 14 Uhr auf dem Schulhof, Bonnstraße.

Die Zwangsvollstreckung

Die Zwangsvollstreckung findet statt aus rechtskräftigen, d. h. mit Rechtsmitteln nicht mehr anfechtbaren oder für vorläufig vollstreckbar erklärten Urteilen, ferner aus Zahlungsbefehlen, gerichtlichen Vergleichs, aus Kostenfestsetzungsbeschlüssen oder aus vollstreckbaren Urkunden statt; letztere sind vom Gericht oder Notar aufgenommenen Urkunden, in denen der Schuldner eine Zahlungsverpflichtung anerkennt und zugleich ausdrücklich erklärt, daß er sich der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft. — Will der Gläubiger die Zwangsvollstreckung betreiben, so muß er sich zunächst beim Gericht eine vollstreckbare Ausfertigung des betreffenden Urteils, Vergleichs p. p. erteilen lassen mit der ausdrücklichen Beurkundung zum Zwecke der Zwangsvollstreckung.

Die Durchführung der Zwangsvollstreckung erfolgt:

- a) bei Geldforderungen
 1. durch Pfändung und Versteigerung von beweglichen Sachen durch den Gerichtsvollzieher.
 2. durch Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss des zuständigen Amtsgerichts gegen Forderungen, die dem Schuldner gegen dritte zustehen (Arbeitslohn, Gehalt, Pension, Provision).
 3. bei Schuldnern mit Immobilienvermögen durch Eintragung einer Zwangshypothek, letztere erfolgt jedoch nur, wenn die Forderung ohne Zinsen und Kosten 300 RM übersteigt.
 4. Durch Betreibung der Zwangsvollstreckung von Grundstücken des Schuldners.
- b) bei Urteilen auf Herausgabe einer beweglichen Sache oder Räumung eines Grundstücks oder einer Wohnung durch Wegnahme der Sache oder zwangsweise Räumung des Grundstücks bezw. der Wohnung durch den Gerichtsvollzieher.
- c) bei Urteilen auf Vornahme oder Unterlassung einer bestimmten Handlung entweder dadurch, daß der Gläubiger die betr. Handlung mit Ermächtigung des Gerichts auf Kosten des Schuldners vornehmen läßt oder daß der Schuldner auf Antrag des Gläubigers vom Gericht zu den fraglichen Handlungen oder Unterlassungen durch Geld oder Haftstrafen angehalten wird. — Bei der Pfändung von beweglichen Sachen ist zu bemerken, daß solche Sachen nicht gepfändet werden können, davon der Schuldner für seinen oder seiner Familie notwendigen Unterhalt oder zur Ausübung seines Berufes notwendig bedarf. Werden bei dem Schuldner Sachen gepfändet, die im Eigentum eines Dritten stehen, so kann dieser gegen den Gläubiger Widerspruch auf Aufhebung der Pfändung erheben, falls der Gläubiger die Freigabe verweigert. Steht dagegen einem dritten ein Pfandrecht an den gepfändeten Gegenständen zu, z. B. Vermieterpfandrecht, so kann er nur für seine Pfandforderung Befriedigung aus dem Versteigerungserlös vor dem betreibenden Gläubiger verlangen. Weiterhin ist zu beobachten, daß bei

Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt 1932

HOCH-UND TIEFPUNKTE DER ARBEITSLOSIGKEIT

ZAHLEN IN 1000



Unser Schaubild zeigt sehr eindringlich die Entwicklung der Wirtschaftskrise unter Benutzung der Arbeitslosenstatistik. Der Unterschied zwischen Höhepunkt und Tiefpunkt der Arbeitslosenzahl

wird immer geringer, der Arbeitsmarkt wird immer enger. Dieses Jahr haben Frühjahr und Sommer überhaupt keine nennenswerte Erleichterung gebracht.

der Pfändung von Forderungen des Schuldners an dritte gewisse Beträge mit Rücksicht auf den Lebensunterhalt und das Fortkommen des Schuldners der Pfändung nicht unterworfen sind. Dr. Beermann.

Keine Aktivierungspflicht für Anschaffungen unter 500 RM

Ein wichtiger Hinweis aus dem Erlass des Reichsfinanzministers vom 22. 6. 32.

Der Erlass des Reichsfinanzministers vom 22. 6. 1932 über vorläufige Richtlinien für die Aufzeichnungspflicht der freien Bewerke usw. bringt eine praktische wichtige Neuordnung. Er erklärt, daß Gegenstände, die für längere Zeit beschafft werden, von denen aber erfahrungsgemäß laufend ein gewisser Teil ergänzt zu werden pflegt, — Instrumente des Arztes, Schreibmaschinen, Bücher — nicht aktiviert zu werden brauchen, wenn der Anschaffungspreis des einzelnen Gegenstandes 500 RM nicht übersteigt. Solche Anschaffungen können also sofort über Unterkosten verbucht werden. Andererseits sind natürlich Abschreibungen darauf nicht zulässig. Wer dennoch aktiviert und abschreiben will, was sich für Verlustjahre empfiehlt, kann dies tun, muß aber natürlich dann in späteren Jahren bei dieser Methode bleiben.

Die Vorschrift über die Nichtaktivierungspflicht von Anschaffungen, wenn der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand nicht mehr als 500 RM beträgt, enthält u. E. darüber hinausgehend eine Richtlinie allgemeinen Inhalts für alle buchführenden Steuerpflichtigen. Um Bagatelldbeträge will sich in Zukunft die Steuerverwaltung nicht mehr kümmern, sie will nur in großen Zügen prüfen, deshalb kann man u. E. aus der Vorschrift folgern, daß nicht nur bei Angehörigen des freien Berufs und ähnlichen selbständigen Steuerpflichtigen Anschaffungen im Preise unter 500 RM nicht aktiviert zu werden brauchen, sondern in allen gewerblichen Betrieben.

Wir entnehmen diesen Artikel mit freundlicher Genehmigung des Verlags der Halbmonatszeitschrift „Notwinke“, unabhängige Briefe über alles aktuelle geschäftliche, wirtschaftliche, steuerliche und rechtliche Wissen und Vorfälle. Herausgegeben in Form von Kurzberichten von einem Gremium der geschäftspraktischen Autoren des Verlags für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 20, zum „Not“preise von 1,20 RM monatlich.

Exerzitien

finden in der Johannesburg zu Leutesdorf am Rhein statt:

Schülerinnen höherer Lehranstalten: 30. August bis 3. September. — Opferseelen und Mitglieder der Ehrenwache: 5. bis 10. September. — Jungfrauen 12.—16. September. — Erwerbslose Jünglinge: 28. September bis 1. Oktober.

Sport

FC. Viktoria Grubbert — SV. Mondorf 9:0 (2:0). Das erste Pokalspiel konnte Grubbert hoch gewinnen. In der 5. Minute schießt der Mittelfürmer von Grubbert zum 1:0 ein. Bis kurz vor Halbzeit vergeht die Zeit torlos, wo dann der Mittelfürmer 2:0 schießt. Nach der Halbzeit hat Mondorf merkwürdig nachgelassen. Grubbert stand geschlossen da, dagegen war bei Mondorf schlechtes Zusammenwirken. In der 2. Halbzeit schloß der Mittelfürmer noch 6 Tore und der Halbrechte 1. — Grubbert 2. — Mondorf 2. 7:2. Grubbert Lehrmannschaft — Badorf 1. 2:3. Grubbert 3. gegen Badorf 2. 8:2. Meinel Jgd. — Grubbert Jgd. 4:2.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl.
Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.

Zu allen Kassen

im Landkreis Köln zugelassen

Dr. Paul Weismüller, Walberberg

Sprechstunden: 8.30 — 10 Uhr, 3.30 — 5 Uhr

Fernsprecher: Merten 379.

Saison-Schluss-Verkauf

Trotz bekannt billiger Preise **20** 0 Rabatt auf alle**Anzüge**

12 19 28 37 46 55 (auch höher)

Mäntel**MEYER**

Köln, Sachsen-Ring 8

Neumarkt (früher Ecke Lanch)

Angezeichnetes wird mit 20% zurückgeliefert.

Steuer- Beratung, Reklamationen.**Treuhand.** Leo Herzog, Brühl, Syndikus

Gartenstraße 6, Fernruf: 2074.

Beim Landesfinanzamt zugelassen

Werbebrüche

Rechnungen Jeder Kaufmann oder Gewerbetreibende weiß, daß nur durch zweckmäßige Werbe-

Briefbogen drucksachen und Reklame sein Geschäft gehoben wird. Wählen Sie bei Bestellung

Prospekte von Geschäfts- u. Privatdrucksachen eine leistungsfähige Firma. Unsere

Zeitschriften

Preislisten

Kataloge

Druckerei legt größten Wert auf gute und saubere Drucksachen.

Buchdruckerei Peter Becker G. m. b. H. Brühl.

Probs Erschöpft?

Die Hast der Zeit greift Sie mehr als je an, und dabei geht kostbare Nervensubstanz verloren. Es gibt gegen Nervosität, Erschöpftheit, Mattigkeit und sonstige Schwachheitszustände nichts Besseres als Doppelherz. Verblüffende Erfolge. Probst. RM 1,95, Originalfl. RM 3,70 u. RM 4,65, Doppelherz-Dragees RM 1,50.

Niederlage: Drogerie P. Schmitter, Kölnstr. 13

Abgebl. 2. Etage

3 große Zimmer u. Küche mit Spind, Balkon etc. in meinem Hause Kölnstr. p. 1. Sept. an ruh. zahlungsfähige Mieter zu vermieten.

Derias, Brühl, Mühlentstraße 1.

Ruhiges Ehepaar

(1 Kind) sucht

2 Zimmerwohnung

mügl. Nähe Markt, per 15. 9. 32.

Angeb. m. Preisang. u. B. 3 2001 an d. Gesch.

Ein großes Zimmer

Mitte der Stadt zu vermieten.

Ang. u. M. 3 3000 a. d. Gesch.

Gut möbl. Zimmer

m. voll. Pension, Monatl. RM 75.— (Wiesgerei) zu vermieten.

Wo f. d. Geschäftsst. 798.

Bei Sifferanzeigen

dürfen wir den Aufgeber nicht nennen! Anfragen nach dieser Richtung sind also zwecklos und wir müssen Interessenten stets auf den Weg des schriftlichen Angebots verweisen, das wir dann an den Auftraggeber weiterleiten.

Junge Legehühner

billig zu verkaufen.

Wo sagt die Geschft. 1.

Wasch-

Maschine mit Motor

sehr billig zu verkaufen.

Wallstraße 71.

2 durchgeh. Zimmer

i. Eig. zu vermieten.

Ringsdorf, Enstfirdenerstr. 204.

Sportblatt der Brühler Zeitung.

Drei neue Europameister

Ein unerwarteter Erfolg unserer Ruderer

Deutsche Erfolge in Los Angeles

Die dritte Goldmedaille.

Endlich wieder eine goldene Medaille brachten die Olympischen Spiele in Los Angeles, und zwar im Vierer m. St., den der Berliner R.C. in 7:19 vor Italien 7:19,2, Polen 7:24,8 und Neuseeland gewann. Das Ergebnis überraschte deshalb, weil die Deutschen nur durch einen zweiten Platz im Hoffnungslauf sich für die Entscheidung qualifiziert hatten, in der sie die favorisierten Italiener im Endspurt gerade noch abgingen.

Im Einer siegte erwartungsgemäß der Australier Pearce überlegen und wiederholte damit seinen Sieg von Amsterdam. Miller-USA, Douglas-Argentinien und Southwood-England belegten die nächsten Plätze. Im Riemensweier o. St. gab es einen Sieg Englands vor Neuseeland, Polen und Holland.

Im Schwimmkubion

wohnten 9000 Zuschauer den Entscheidungsläufen über 100 Meter Rücken, 400 Meter Damentraut und im Turmspringen der Damen bei. Im Rückenschwimmen versagte der Deutsche Rüppers im Endspurt und konnte nur Fünfter werden. Die ersten drei Plätze belegten Japaner, und zwar in der Reihenfolge Kihosawa (1:08,6), Frye (1:09,8) und Kawazu. Dan Jehr-USA wurde

Vierter vor Rüppers (1:11,3)

und Kerber-USA. Ein großer Erfolg für die USA wurde das Turmspringen, das Poppon-USA mit 40,26 Punkten überlegen vor Coleman-USA (35,56), Koper-USA und Sjögquist-Schweden gewann. Die Österreicherin Gyply wurde nur Siebente. In der 4mal100-Meter-Krautstaffel siegte erwartungsgemäß USA, in der olympischen Rekordzeit von 4:38,0 vor Holland (4:47,5), England, Kanada und Japan.

Sietas-Deutschland

wurde über 200 Meter Brust zwischenläufiger in 2:47,6 vor Jibefonso-Philippinen und Nagatowa-Japan. Den ersten Zwischenlauf sicherte sich Koike-Japan nach hartem Kampf in 2:44,9 (Olympiarekord) vor Tsuruta-Japan und Abdaludin-Basillen. Olympischer Rekord schwamm auch im Zwischenlauf der 1500 Meter Kraut der Japaner Kitamura mit 19:51,5 vor Laris-Frankreich, doch schon im zweiten Zwischenlauf verbesserte der Japaner Matino diese Zeit auf 19:38,1. In den Zwischenläufen der 400 Meter Kraut der Damen siegten Helen Madison und Knight-USA.

Im Säbelfechten

konnte sich der Deutsche Casimir bereits für das Semifinale qualifizieren. — Bei den Turnern gab es zwei Entscheidungen. Im Barrenturnen siegte der Italiener Reri mit 56,9 Pkt. vor Pella-Ungarn und Savolainen-Finnland, an den Ringen Gulat-USA mit 56,9 Pkt. vor Denton-USA und Latuada-Italien.

Zwei weitere Silberne Medaillen

erlängte Deutschland durch seine Wasserballmannschaft und durch Oberleutnant Hag im Pistolenschießen. Die deutschen Wasserballer schlugen Japan 10:0 (3:0) und kamen dadurch im Gesamtergebnis hinter Ungarn auf den zweiten Platz vor USA und Japan. Oberleutnant Hag vollbrachte eine vorzügliche Leistung. Unter 18 Konkurrenten — den besten Pistolenschützen der Welt — endete er hinter dem Italiener Morigi auf dem zweiten Platz. — Casimir ist in den weiteren Kämpfen im Säbelfechten bereits in das Finale vorgerückt.

Die drei deutschen Boger Zigaretten, Schleifhofer und Campe,

die sich als beste europäische Boger ihrer Gewichtsklasse für die Entscheidungskämpfe qualifiziert haben, sind damit nach den Bestimmungen der Fiba Europameister 1932. Die deutschen Boger haben in Los Angeles ausgezeichnet gefallen.

In der Vielseitigkeitsprüfung des Reiterwettkampfs ist die amerikanische Mannschaft Favorit. Am Freitag wurde der sehr schwere Geländeritt vor 15 000 Zuschauern ausgetragen.

Deutschland Zweiter im Vierer o. St.

Im Vierer ohne Steuermann belegte Deutschland hinter den spurtenden Engländern einen schönen zweiten Platz.

Das Ergebnis: Vierer o. St. 1. und Olympiasieger England 6:51,1 Minuten; 2. Deutschland (Ernst Gader, Hans Maier, Walter Hirsch und Dr. Meiter-Mannheimer R.B. Amicitia) 7:03 Minuten, 3. Italien 7:04 und 5. USA 7:14,1 Minuten.

Bug-Bühnen erhalten die Silbermedaille.

Es ist wohl auf die Krankheit von Buthz zurückzuführen, daß die deutschen Hoffnungen im Doppelzweier etwas enttäuscht wurden. Gegen das Boot von Myers-Gilmore hatte das deutsche Fahrzeug auf der Strecke eine ganze Länge herausgearbeitet und wurde dann aber im Spurt der Amerikaner auf den zweiten Platz zurückgeworfen.

Das Ergebnis: Entscheidung Doppelzweier: 1. u. Olympiasieger USA (Myers-Gilmore) 7:17,2 Minuten, 2. Deutschland (Buthz-Bochelen vom Berliner Ruderklub) 7:22,4 Minuten, 3. Kanada 7:27,3 Minuten, 4. Italien.

USA gewinnt den Achterkampf.

Der Abschluß der olympischen Achterregatta hätte nicht imposanter ausfallen können, als der große Kampf der Achterboote, den die amerikanische Mannschaft ganz knapp gegen Italien gewann. Die Differenz der beiden ersten Boote war so gering, daß man die Entscheidung des Jügerichts abwarten mußte, das Amerika als Sieger erklärte. Knapp hinter den beiden führenden Booten lief Kanada als Dritter ein.

Das Ergebnis: 1. und Olympiasieger: USA 6:37,6 Minuten, 2. Italien 6:37,8 Minuten, 3. Kanada 6:40,4 Minuten, 4. England.

Erwin Casimir Vierter.

Die olympischen Fechtwettkämpfe wurden mit der Entscheidung im Säbelfechten abgeschlossen. In der Schlussrunde hat der Deutsche Erwin Casimir eine Chance. An dritter Stelle liegend verlor er dann allerdings gegen den Dänen Dr. Ofiter und fiel damit auf den vierten Platz zurück.

Säbelfechten (Entscheidung): 1. und Olympiasieger: Villier-Ungarn 8 Siege, 1 Niederlage, 19 erhaltene Treffer; 2. Gaudini (Italien) 7:28; 3. Rabos-Ungarn 5:4:29; 4. Casimir-Deutschland 5:4:30 vor Pelschauer (Ungarn) und Hoffmann-USA.

Entscheidung Turmspringen: 1. und Olympiasieger: Smith-USA 124,80 Pkt.; 2. Galtien-USA 124,28 Pkt.; 3. Cury-USA 121,98 Pkt.; 4. Staudinger-Österreich 103,44 Punkte.

Sietas auf dem vierten Platz.

Groß war das Interesse im überfüllten Schwimmstadion, als man zur Entscheidung der 200 Meter Bruststrecke aufstieg, zu der auch der Deutsche Sietas gehörte. Hinter

dem olympischen Sieger Tsuruta-Japan, dessen Landsmann Koike und dem Philippinen Jibefonso belegte der deutsche Sietas in einem schnellen Rennen den vierten Platz.

Entscheidung 200 Meter Brustschwimmen: 1. und Olympiasieger Tsuruta-Japan 2:45,4 Minuten; 2. Koike-Japan 2:46,6 Minuten; 3. Jibefonso-Philippinen 2:47,1 Minuten; 4. Sietas-Deutschland 2:48 Min.; 5. Abdaludin-Basillen.

Helen Madison schwimmt Weltrekord.

Mit ungeheurer Spannung wurde von dem zahlreichen Publikum der anschließende Endkampf der 400 Meter Freistilstrecke der Damen verfolgt. Es kam, was nicht ausbleiben konnte — nämlich die Siegerin, Helen Madison schwamm neuen Weltrekord. Nur um eine Zehntelsekunde war Fräulein Knight geschlagen.

400 Meter Freistil (Damen) Entscheidung: 1. und Olympiasiegerin: Helen Madison-USA 5:28,5 Min. (neuer Weltrekord); 2. Knight-USA 5:28,6 Min.; 3. Maat-Südafrika 5:47,3 Min.; 4. Coopers-England; 5. Godard-Frankreich.

Kitamura 1500 Meter-Sieger.

Noch einmal kamen die Japaner zu Wort. Die letzte Konkurrenz der olympischen Schwimmwettkämpfe, das Freistilschwimmen über 1500 Meter, hat den Japanern einen neuen imponierenden Erfolg gebracht. Paris und Crabbe belegten nur den 5. bzw. 6. Platz.

1500 Meter Freistil-Entscheidung: 1. Kitamura-Japan 19:12,4 Minuten (neuer olympischer Rekord); 2. Matino-Japan 19:14,1 Minuten, 3. Christy-USA 19:39,5; 4. Ryan-Kanada, 5. Crabbe-USA, 6. Laris-Frankreich.

Drei Silbermedaillen für unsere Boger.

Das olympische Vorturnier fand im Olympischen Auditorium seinen Abschluß. Leider ging es ohne ein Fehlurteil, daß die deutsche Expedition besonders traf, nicht ab. Erkennen wir an, daß unsere Vertreter Zigaristi (im Bantamgewicht) und Schleifhofer (im Federgewicht) reell verloren haben — aber Campes moralischer Sieg im Weltengewicht wurde zur Niederlage gemacht.

Die neuen Olympiasieger im Bogen sind:

Fliegengewicht: Olympiasieger Enelof (Ungarn), 2. Capanas (Kanada), 3. Salica (Amerika). — Bantamgewicht: Olympiasieger Gwynn-Kanada, 2. Zigaristi-Deutschland, 3. Villa-Neue-Philippinen. — Federgewicht: Olympiasieger Robledo-Argentinien, 2. Schleifhofer-Deutschland, 3. Carlsson-Schweden. — Leichtgewicht: Olympiasieger Stovens-Südafrika, 2. Ahlquist-Schweden, 3. Ross-Amerika. — Weltengewicht: Olympiasieger Flynn-Amerika, 2. Campe-Deutschland, 3. Ahlberg-Finnland. Mittelgewicht: Olympiasieger Barth (Amerika), 2. Arca (Argentinien), 3. Pierz (Südafrika). Halbschwergewicht: Olympiasieger Carlens (Südafrika), 2. Roffi (Italien), 3. Jütengen (Dänemark). — Schwergewicht: Olympiasieger Love (Argentinien), 3. Brovati (Italien), 3. Boary (Amerika).

Leichtathletik

Nord-Ost-Holland siegreich. Aber die nordwestdeutschen Männer gewinnen.

Der leichtathletische Repräsentativkampf Nord-West-Deutschland gegen Nord-Ost-Holland in Vinschooten hat den holländischen Athleten in der Gesamtwertung für Herren und Damen einen Sieg gebracht. Die deutschen Frauen unterlagen 36:24, während die Herren 66:63 Punkte für sich hatten. Die Kämpfe an sich erreichten nicht mehr als gute Durchschnittsleistungen. Vorzüglich hielt sich bei den Deutschen Holthuis.

Die Ergebnisse, Damen: Speerwerfen: 1. Lüttgen-D. 34,97 Meter; 2. den Haag-Holland 34,32. 100 Meter: 1. Langhout-Holland 13,03, 2. Lüttgen-D. 13,06. Weitsprung: 1. Kipfen-D. 4,81; 2. Duffel-Holland 4,78 Meter. Diskuswerfen: 1. Koopman-D. 30,78; Kraar-D. 24,98. Hochsprung: Schreiber-Holland und Koopman-Holland je 1,53; Amal-100-Meter: 1. Holland 53,5; 2. Deutschland 53,7 Set.

Herren: 800 Meter: 1. Theilan-Deutschl. 2:00,1; 2. Krofing-Holl. 2:00,1. Weitsprung: 1. Gunders-Holl. 6,65. Kugel: 1. Feld-Dtsch. 12,96; 2. Hendricks-Holl. 12,13. 400 Meter: 1. Willgens-Deutschl. 53,5; 2. Vronwer-Holl. 100 Meter: 1. Holtmann-Holl. 11,3; 2. Hes-Holland 11,5. Hochsprung: 1. und 2. Hofman und Hes-Holland 1,69; Diskus: 1. Lippens-Holland 33,35; 2. Ripper-Deutschl. 32,62. 5000 Mtr.: 1. Holthuis-Deutschland 16:28,6; 2. Switth-Deutschl. 17:25,9. 200 Meter: 1. de Jager-Holland 23,5. 1500 Meter: 1. Theilan-Deutschl. 4:27,5; 2. Erich-Deutschl. 4:35,6. Speerwerfen: 1. Gerbes-Deutschland 55,65; Gehuis-Holl. 49,55. Amal-100 Meter: 1. Holland 44,9; 2. Deutschland 45,6; Olympische Staffel: 1. Deutschland 3:48,7; 2. Holland 3:48,9.

Tennis.

v. Gramm Deutscher Tennismeister

Frl. Krahwinkel geschlagen.

Bei den Deutschen Tennismeisterschaften in Hamburg schlug der deutsche Davisplatzspieler Freiherr v. Gramm den Deutschböhmen Roderich Menzel in der Schlussrunde in einem Vierkampf mit 3:6, 6:2, 6:2, 6:3. Dagegen verlor die Deutsche Hilde Krahwinkel gegen die Schweizerin Bayot 6:2, 2:6, 6:4.

Radsport.

Kreuzers große Fahrt im Steherpreis von Zürich.

Der Kölner Dauerfahrer Paul Kreuzer beteiligte sich am Sonntag als einziger Deutscher am „Großen Steherpreis von Zürich“, der auf der Bahn in Zürich-Dorlikon ausgetragen wurde. Drei Läufe über 20, 30 und 50 Kilometer brachten spannende Kämpfe, deren Gesamtsieger Kreuzer (Köln) mit 99,435 Kilometer vor dem Belgier Tholentbeef, den Schweizern Ruegg und Heint Euter, dem Italiener Prieto und Gilgen (Schweiz) wurde.

Handball.

Wieder überlegener Sieg der Nationalmannschaft. — Das zweite Handball-Probispiel in Barmen.

Nach dem Siegeren Probispiel am Samstag, in dem die A-Mannschaft eine B-Mannschaft 21:3 schlug, wurde die Sonntag-Vorstellung der DSV-Handball-Nationalmannschaft in Barmen gegen eine Wuppertaler Stadtmannschaft ebenfalls ein glatter Erfolg. Die Nationalmannschaft erspielte sich einen 16:8-Sieg, der bei Halbzeit in dieser Höhe durchaus nicht sicher war.

Schwimmen.

Poseidon in der Zwischenrunde.

Samstag und Sonntag wurden in der Schwimmbahn des Kölner Stadions die Hin- und Rückspiele um die deutsche Wasserballmeisterschaft (Vorrunde) zwischen Poseidon Köln und Jungdeutschland Darmstadt ausgetragen. Poseidon, der westdeutsche Meister, setzte sich in beiden Treffen überzeugend durch und hat auch in der Zwischenrunde, wo der Gegner noch nicht feststeht, berechnete Hoffnungen. Poseidon schlug Darmstadt 6:1 und im Rückspiel 4:1.

Die Meisterschaftsspiele der Fußballer

Ergebnisse aus Westdeutschland.

Gruppe I: Bonner FB. — Kölner BC. 2:3, Grün-Weiß Biersen — Rhénania Würfel 2:1, Viktoria Rheidt — Dürener SV. 5:2, Obentkirchen 07 — Jgd. Bergheim 5:5.

Gruppe II: SC. M.-Glabbach — Kölner SC. 99 2:1, SC. Troisdorf — Vingst 05 2:2, SC. Baesweiler — Rheidt SV. 3:1, SC. Düren 03 — Borussia Glabbach 4:4.

Mittelrhein-Bezirk:

Rheinland-Magen — FB. Neuenhof 3:5, SC. Bad Neuenahr — SV. Elz 2:2, FB. Limburg — Fortuna Rottenheim 4:2, FB. Engers — FB. Magen 4:2.

Fußball in Süddeutschland.

Meisterschaftsspiele:

Nordbayern: SpVg. Fürth — FB. Würzburg 04 6:0, Germania Nürnberg — FC. Bayreuth 2:4, Würzburger Kickers — Sp. Vg. Erlangen 4:1, FC. Schweinfurt 05 — ASV. Nürnberg 0:1.

Südbayern: DSV. München — Bayern München 0:0, Bader München — DSV. Ulm 3:1, Schwaben Augsburg — FB. Ulm 94 2:3.

Württemberg: SV. Feuerbach — VfB. Stuttgart (Sa.) 2:5, Fr. Ehlingen — Germania Brödingen 3:2, Stuttgarter SC. — Union Bödingen 2:4, FC. Wirtensfeld — Stuttgarter Kickers 1:1, Normannia Gmünd gegen 1. FC. Pforzheim 0:5.

Baden: VfB. Karlsruhe — SC. Freiburg 5:0, Freiburger FC. Frantonia Karlsruhe 2:2, FB. Offenburg — FB. Nastatt 6:3, SpVg. Schramberg — Phönix Karlsruhe 3:3.

Saar: Saar 05 Saarbrücken — FC. Kaiserlautern (Sa.) 0:1, SV. 05 Saarbrücken gegen Eintracht Trier 2:1, Sfr. Saarbrücken — SV. Völklingen 0:0.

Main: Eintracht Frankfurt — VfB. Friedberg 9:1, Kickers Offenbach — Sfr. Frankfurt 2:1, Union Niederrad — FC. Frankfurt 2:2, Rot-Weiß Frankfurt — Germania Bieber 1:2, VfB. Neu-Isenburg — FC. Hanau 93 0:0.

Hessen: 1. FC. Langen — VfB. Bürstadt 0:2, VfB. Membach — SV. Wiesbaden 2:1, Wormatia Worms — VfB. Kassel 4:2, FC. Mainz 05 — Viktoria Oberbach 7:2, Olympia Lorch — Germania Worms 0:2.

Das gewaltige Landwunder

Not der deutschen Landwirtschaft.

In einem Aufsatz von Dr. Josef Wagnach in der Wochenchrift „Das Neue Reich“ (Tyrolia-Wien) lesen wir:

Die Not vor allem der Großgüter im deutschen Osten ist bekannt. Das Kabinett Brüning versuchte sie durch Notverordnungen zu steuern. Aber gerade dem Interessententum der Sturze des Kabinetts. Auf dem Wege der „Öffentliche“ wollte man die Großgüter stützen, was auch für einen Teil durch die von der Gesamtheit aufgebracht Opfer zweifellos gelang. Und mit Recht konnte Brüning im April 1932 erklären: „Wenn allein vom Reich in den letzten fünf Jahren 400 Millionen in bar für verschiedene wirtschaftliche Zwecke nach Ostpreußen gezahlt wurden, wenn 1930 und 1931 trotz des immer stärker zusammengebrochenen Reichsstaats in barem Geld 125 Millionen und in Form von Bürgschaften rund 100 Millionen der bedrohten Grenzprovinz zugute kamen, so verdient das Beachtung bei allen Gerechtigkeitsmenschen.“ Dazu treten die nicht unbedeutenden Leistungen des Preussischen Staates.

Die sogenannte „Mischkultivierung“ bildet das Kernstück der Osthilfe. Den ersten Versuch machte man 1928 durch die Auslandsanleihe, von der die Ostprovinzen rd. 62 Millionen Mark erhielten. Der „Rechnungshof des Deutschen Reiches“, das ist eine der Reichsregierung gegenüber selbständige, oberste Reichsbehörde, muß nachträglich feststellen, daß der Sinn dieser Stützungsmaßnahmen allzuoft ins Gegenteil umgewandelt wurde. Eine Fülle gleichlautender persönlicher Berichte könnte man anführen. Man darf die Gefahren, die in solch einseitigen Maßnahmen beschlossen sind, nicht unterschätzen. Es kommt weiter eine Fülle von Verordnungen mit dem Versuch einer „Sanierung“. Ueber „Sanierungsverbände“ und „Sanierungsfähige“ Landwirtschaftsbetriebe wird ein „Sicherungsverfahren“ eröffnet, das vor jeder „Zwangsvollstreckung“ schützt. Auf ihm ist das „Entschädigungs-Verfahren“ aufgebaut, nach dem die ersten Hypotheken fast unangefastet bleiben, die übrigen Hypothekengläubiger und die persönlichen Gläubiger stillhalten, Zinsrückstände erlassen, wesentliche Teile ihres Kapitals freisetzen, den vereinbarten Zinsfuß senken müssen. Die stark verminderten Zins- und Kapitalforderungen erhalten die Gläubiger nicht in bar, sondern in 4½-prozentigen Schuldverschreibungen der Rentenbank, deren Kurs natürlich niemand dauernd festlegen kann.

Man hat im Ausland behauptet, daß außer Rußland bisher kein Kulturstaat einen derartigen Eingriff in das herrschende Rechtssystem gewagt habe. Als Folge all dieser „Stützungsmaßnahmen“ war eine Verschlechterung der Zahlungswilligkeit, eine starke Beeinträchtigung des Zahlungswillens, ein Anziehen der Bodenpreise festzustellen. Die letzte Notverordnung der Reichsregierung sollte dem Reich die Möglichkeit erschließen, durch die nicht mehr „sanierungsfähigen“ Großgüter Land für Siedlungszwecke zu gewinnen. Es kamen Interessentenkreise, warfen das Schlagwort „kolonialwirtschaftlich“ in die Presse und diese sozialen Hintergründe trugen wesentlich zum Sturze Brüning bei. Wir fragen hier nur, bedeuteten nicht gerade die Hunderte von Millionen Mark, die von den Steuerzahlern, von der Gesamtheit aufgebracht wurden für die Osthilfe, die stärkste Enteignung?

Aus all diesen Ereignissen und Tatsachen ergibt sich das eine: Es ist nötig, Rechtsgrundlagen zu schaffen, die diese Not dauernd von der deutschen Landwirtschaft fernhalten und die nicht zu solch gefährlichen Eingriffen zwingen. Die Not, unter der die Landwirtschaft leidet, ist nicht von heute auf morgen gekommen. Sie ist bedingt durch die gesamte Entwicklung im letzten Jahrhundert. Das letzte Jahrhundert, das Zeitalter des schrankenlosen Liberalismus, brachte auch durch das so gestaltete Bodenrecht für den landwirtschaftlichen Besitz die vollkommene Verschuldungsfreiheit. Aber die Stimmen, die hinweisen auf die Gefahren, die aus solchem Bodenunrecht erwachsen, überhört man. Wie ganz anders wäre die Entwicklung gekommen, hätte man z. B. auf die Mahnungen des um die Bauernfrage so hochverdienten Prälaten Schoepfer gehört, auf dessen Antrag bereits der erste Tiroler Agrartag am 26. Jänner 1897 betonte: „Der erste Tiroler Agrartag erkennt in der immer wachsenden Bodenverschuldung die eigentliche Ursache der bayerischen Notlage. Soll daher

dem Bauernstand gründlich für die Dauer geholfen werden, so muß dieses Uebel bei der immer treibenden Wurzel erfaßt und dieselbe herausgerissen werden. Diese Wurzel ist im letzten Grund keine andere, als die schrankenlose, hypothekarische Verschuldbarkeit von Grund und Boden.“

Im wesentlichen geht es heute noch um den gleichen Kampf, eine Verschuldungsgrenze einzuführen. Sie allein bringt die Befreiung von der Zinsknechtschaft. Und so konnte wiederum Prälat Schoepfer im „Neuen Reich“ (XII, Heft 18) über die zerstörende Wirkung der Hypothekenschuldung schreiben, daß es notwendig sei, ihr einen Riegel vorzuschieben: „Jede dauernde Ertragssteigerung erhöht nämlich den Bodenwert und Bodenpreis und der erhöhte Bodenwert wird bei jedem Uebergang durch Verkauf oder Vererbung die Grundlage neuer Schulden. Es müssen darum die Vorschläge, welche auf die Steigerung der Produktion, Erzielung gesicherten Absatzes, Erhöhung der Preise, Verminderung des Zinsfußes usw. ausgehen, durch die direkte Behandlung des Verschuldungsproblems ergänzt werden.“ Grundforderung ist die Einschränkung der schrankenlosen Verschuldungsfreiheit. Seitdem nämlich die Landwirtschaft unter diesem Gesetz schrankenloser Freiheit steht, klagt sie dauernd über ihre Not. Unter der Wirkung dieses Gesetzes ist die Landwirtschaft stets der schwächere Teil. Hilferufe aus den eigenen Reihen, die über die Not klagen, verhallen nicht: so kam es im Reichstag 1895, 1906 in der Generalversammlung des Bundes der Landwirtschaft

1896, Nordorff 1900 im Reichstag; 1919 ruft Oldenburg-Januschau nach „freier Wirtschaft“, 1922 spricht Schiele im Reichstag „das allein befreiende Wort“ der „Freiheit für die Landwirtschaft“, aus.

Nun ist die freie Wirtschaft da. Die Not der Verschuldung wuchs und wächst ständig unter dem alten bestehenden Bodenrecht. Die Inflation brachte der Landwirtschaft völlige Entschuldung, aber bereits heute ist ihre Schuldenlast auf mehr als 12 000 Millionen Mark gestiegen. Rechnet man nur 5 Prozent Zinsen, so ergibt das eine Last von jährlich 600 Millionen Mark. Etwa an jedem der 300 Arbeitstage sind 2 Millionen Mark Zinsen aufzubringen. Das ist nicht zu tragen. Eine Freiheit ohne Bindung ist ein Verhängnis. Darum die Forderung nach der Wirtschaftshomeostase. Sie ist für den schaffenden Bauern das Fideikommiß des kleinen Mannes. Sie bewahrt ihn vor drückender Zinsverschuldung, vor der Zinsknechtschaft. Nur so läßt sich auf organischem Wege die Not der Landwirtschaft dauernd beheben. Sindenburg schrieb einmal an Damasche 1915 in Notizen der deutschen Nation diese Worte: „Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu verhelfen, ein vorwucherndes geschäftliches Heim zu gewinnen, in dem deutsche Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist.“ Zur Erreichung des Zieles einer großen Ostiedlung wollte auch Brüning helfen. Diese große neue Hoffnung darf dem deutschen Volke nicht genommen werden. Eine Ziehung in der Form der Wirtschaftshomeostase und die Wirtschaftshomeostase für bestehende Bauernhöfe läßt keine drückende Not mehr für die Landwirtschaft aufkommen.

Winke zur Beerenobstweibereitigung

Neben der sonstigen Verwertung der Beerenfrüchte hat in den letzten Jahren die Herstellung von Beerenobstweinen einen großen Umfang angenommen. Vielfach hört man aber Klagen über schlechtes Gelingen, so daß einige Hinweise über die Herstellung der Beerenobstweine angebracht erscheinen.

Unbedingte Sauberkeit bei allen Arbeiten ist erforderlich. Die Beeren sollen reif, doch nicht überreif sein, da sie sonst leicht mehlig werden und sich schlecht abpressen lassen. Ueber die Eignung der Sorten ist zu sagen, daß bei Johannisbeeren die weichen den besten Wein liefern, bei Stachelbeeren die gelben zu bevorzugen sind. Die Beeren werden gewaschen und dann mittels der im Handel erhältlichen Saftpresse ausgepresst, oder auch durch den Fleischwolfgedreht und mit der Hand ausgepresst. Beerenobst mit schleimigem oder gallertartigem Fruchtfleisch läßt man nach dem Quetschen je nach der Witterung, ein bis zwei Tage stehen und Ausgären, wodurch die Masse dünnflüssig wird und sich leichter abpressen läßt.

Zur Berechnung der Weinmengen und der Zusätze an Zucker und Wasser ist es wichtig, die ungefähre Ausbeute an reinem Saft zu wissen. Man erhält von 10 kg Früchten, je nach der Fruchtart 5,5 bis 6,5 Liter Saft. Man kann nun nicht wie bei echtem Wein, den reinen Saft vergären, da er einerseits zu viel Säure und andererseits zu wenig Zucker enthält, sondern muß Wasser und Zucker in bestimmten Mengen zusetzen. Besonders wichtig ist die Gärung. Einen guten Beerenobstwein wird man nur durch Zusatz von Reifehefe erreichen. Zur Reifezeit unserer Beerenfrüchte finden sich auf ihnen verschiedene Hefenarten vor, unter denen jedoch die echten Weinhefen gefährlich werden können; sie erzeugen u. a. recht unangenehme Geschmacksstoffe, die dem Wein dann haften bleiben.

Die erforderlichen Reinzuchthefen kauft man in einem einschlägigen Geschäft oder bestellt sie direkt bei einer Geseleinschaft. (Weinbauversuchsanstalt Weinberg, Geseleinschaft der Forschungsanstalt für Gartenbau in Geisenheim.) Bei der Bestellung ist die Art und Menge des anzusetzenden Mostes anzugeben. Die Kosten für die Hefe sind gering. Zu warnen ist vor Trockenhefen, die keine Reinzuchthefen sind.

Bei der Herstellung von Beerenobstweinen hat man zu unterscheiden zwischen der Herstellung von schweren Dessertweinen und leichteren Tischweinen. Einige Herstellungsmethoden seien hier angegeben:

1. Weiße Johannisbeeren.

Dessertwein: 1 Liter Saft setzt man 1½ Liter Wasser zu. Mit diesem Wasser werden die ausgepressten Beeren gleich ausgelaugt. Auf 1 Liter der fertigen Mischung (Saft und Wasser) wird stoffweise 300–500 Gramm Zucker gegeben, d. h. man gibt erst 200 Gramm und setzt die übrige Menge beim Nachlassen der Gärung in zwei Gaben zu. Die Hefe wird natürlich gleich zu Beginn der Gärung zugesetzt. Zum Schluss der Gärung erfolgt ein Nachfüßen mit 20–40 Gramm Zucker je Liter.

Tischwein: 1 Liter Saft und 1¼ Liter Wasser; auf 1 Liter der Mischung 160 bis 180 Gramm Zucker. Nachfüßen.

2. Rote Johannisbeeren.

Dessertwein: 1 Liter Saft setzt man 1,5 bis 2 Liter Wasser zu. Zuckerzusatz wie beim weißen Dessertwein. Nachfüßen.
Tischwein: Auf 1 Liter Saft 1¼ Liter Wasserzusatz und pro Liter Mischung 160–180 Gramm Zucker.

3. Stachelbeeren.

Diese eignen sich nur zur Herstellung von Dessertwein, da beim Tischwein leicht das sogenannte Mäuseln, ein unangenehmer Geschmack nach Mäusen eintritt, außerdem bei weniger süßen Weinen oft ein krautartiger Geschmack auftritt. Es wird auf ein Liter Saft 1 Liter Wasser gegeben und auf 1 Liter der Mischung 330 Gramm Zucker wie bei 1. zugesetzt. Im allgemeinen kann aber gesagt werden, daß je mehr der Beerenalkoholprozentage enthält, um so haltbarer ist er.

Fragekasten.

Frage: Xy: Unsere Ziege ist von Läusen befallen, welche Mittel werden empfohlen?

Antwort: Mit Verubalsam, flüssigem Styrax, 2–3-prozentigen Kreolinwasserwaschungen, auch mit Benzin oder genügend verdünntem Petroleum, perflüchtigem Insektenspulver usw. lassen sich Läuse bei Ziegen verhältnismäßig leicht beseitigen.

Ursachen und Heilung des Gummiflusses

Bei Kirschkäulen, bei Pflirschen, seltener bei Pflaumen und Aprikosen, sieht man die jedem Obstzüchter bekannte Erscheinung, daß durchsichtiges Gummi, fälschlich Harz genannt, aus der Rinde heraustritt und dann an der Luft erhärtet. Man sagt: der Baum leidet an Gummifluß. Es gibt selten einen Kirschkäule, der ganz frei davon wäre. Besonders die edlen Sorten werden davon befallen, und darunter wiederum am meisten die mit dem dunklen, kurztriebigen Holze. Oft tritt das Uebel so stark auf, daß Wachstum und Leben des Baumes gefährdet sind. Versuchen wir, die Ursache der Krankheit klarzulegen.

1. Was ist eigentlich dieses Gummi? Nichts anderes als Pflanzenzucker, verdickt, wie das Harz an den Nadelbäumen, der Kautschuk an den Gummibäumen, die Milch beim Mohr oder anderen Pflanzen. Es besteht aus den Kohlenhydraten, die in den Blättern erzeugt worden sind, ist also umgewandelte Stärke, oder richtiger, es soll erst zu Stärke oder Zucker umgewandelt werden. Es ist also nichts Schlechtes oder Krankhaftes, krankhaft ist nur sein Austreten, sein Erscheinen außerhalb der Gefäße des Baumes.

2. Wodurch wird das Austreten des Pflanzenzuckers hervorgerufen? Er gehört eigentlich in die Kanäle des Bastes, denn er entspringt dem abwärtsfließenden Saftstrom. Es ist leicht einzusehen, daß dieser Saftstrom nicht weiter kann, sobald die Kanäle verstopft sind. Er tritt dann, vor den immer neu hinzutretenden Stoffen gedrängt, durch die Bastwände und die Rinde nach außen. Das ist aber noch das kleinere Uebel. Er sucht ebenso einen Ausweg nach innen und dringt in die Gefäße des Splintes, wo der aufwärtsgehende Saftstrom seine Bahn hat, und verstopft diese zum Teil. Damit schädigt er das ganze Wachstum des Baumes.

Die Gründe der Verstopfung können verschiedene sein, allgemeine und besondere. Die Verstopfung des Saftes ist meist eine Folge des Wassermangels im Baume und dieser eine Folge der schlechten Wurzelbildung, diese wieder hängt zusammen mit dem wenig aufgeschlossenen Boden. Ein junger Kirschkäule, in der humosen Walderde gewachsen, hat Wurzeln wie ein Besen. Dagegen derselbe Baum, in harten Lehm oder gar auf Ton gepflanzt, zeigt bald nur ein paar armselige Fasern.

Als zufällige Ursachen der Verstopfung sind zu nennen: Sonnenbrand und deshalb Austrocknung der Rinde an einer bestimmten Stelle, waagerechte Lage des Astes und

dadurch Aufhebung der Schwerkraft, Alter des Baumes, Verwundung oder Zerstörung der Basthaut.

3. Wie heilt man den Gummifluß? Wenn wir die Ursache der Krankheit gefunden haben, kann es nicht schwer fallen, das rechte Mittel zur Heilung zu finden. Allerdings noch leichter ist es, die Krankheit überhaupt gar nicht aufkommen zu lassen. Das Gummi äußerlich von der Rinde zu entfernen, ist keine Kunst. Schon mit warmem Wasser, besser noch mit Essig, ist das bald getan. Aber fragen wir uns: haben wir damit die Bastgänge wieder freigelegt für den Saftstrom? Und wenn das wirklich geschehen ist: kann man die verstopften Holzgänge reinigen? Häufig ist, wenn man mit dem Essiglappen kommt, das Splintholz schon abgestorben, oder, was man auch beobachten kann, die Verbindung zwischen Kambium (Bast) und Holz ist aufgehoben, indem sich ein Hohlraum gebildet hat, dessen Wände mit Gummi bedeckt sind. Diese Verbindung kann man aber nicht wieder herstellen. Das einzige Richtige ist hier Ausschneiden der verletzten oder abgestorbenen Teile und Verbinden der Wunden, bis der Baum sie durch Neubildungen geschlossen hat. Das Ueberwallen wird dem Baum erleichtert, wenn alles tote Holz entfernt ist.

Aber das Gummi wird immer von neuem an anderen Stellen erscheinen, solange man nicht die Bastursache beseitigt, das Uebel an der Wurzel anfaßt, was hier wörtlich zu nehmen ist. Man muß dem Wassermangel im Baume ein Ende bereiten, und das geschieht nur durch bessere Bodenkultur, durch Lockern, Aufschließen und Düngen. Auch der Kalk, das oft genannte Mittel gegen Gummifluß, wirkt nur in diesem Sinne, daß er den Boden aufschließt. Er nützt nichts, sobald nicht zu gleicher Zeit eine mechanische Auflöserung damit verbunden ist. Eine schwache Jauchebildung auf den gelockerten Boden, im Winter verabreicht, wirkt nur vorteilhaft, da sie das Wurzelwachstum fördert und zugleich viel Wasser zuführt.

Für diese Erklärung des Gummiflusses gibt es einen doppelten Beweis: 1. das geringe Auftreten des Uebels in nassen Jahren und das viel häufigere Beobachten desselben nach trockenen; 2. die Beförderung der Krankheit durch Verasung des Bodens und die sofortige Verminderung durch Offenhaltung der Baumscheibe, was eine stärkere Bewässerung der Wurzeln zur Folge hat.

Die Verstopfung der Gummiflässe ist bedingt durch die Verstopfung der Gummiflässe.

